

Niederschrift

über die 33. öffentliche Sitzung Finanz- und Wirtschaftsausschusses
der Stadt Schortens

Sitzungstag: Dienstag, 18.07.2006
Sitzungsort: Rathaus Heidmühle, Oldenburger Str. 29
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 17:55 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender Horst-Dieter Freygang

Ausschussmitglieder Gerd Busker
Peter Eggerichs
Thomas Eggers
Sabine Haltern
Helena Kathmann
Uwe Saretzki
Jörg Schulz
Elfriede Schwitters

Grundmandat Janto Just
GM Ingrid Schneider

Von der Verwaltung
nehmen teil: Bürgermeister Gerhard Böhling
StOAR Anja Müller
VA Dominic Schaudt

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest. RM Eggerichs fragt nach dem Bericht über die Entwicklung des Haushaltes. Dieser wird nachgereicht.

4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung Nr. 32 vom 08.06.2006
- öffentlicher Teil

Die Niederschrift vom 08.06.2006 wird einstimmig genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

6. Mögliche Ausgliederung von Einrichtungen **SV-Nr. 01/0989**

Der Vorsitzende überträgt zu Beginn der Erörterung des TOPs 6 den Vorsitz an RM Eggers. RM Freygang trägt anschließend den Antrag der CDU-Fraktion vor und begründet diesen. Der ursprüngliche Antrag soll um folgende Punkte erweitert werden:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzlich die Möglichkeiten der Gründung eigener, ggfs. interkommunaler, Stadtwerke zum Zweck der Bereitstellung einer kostengünstigen Energieversorgung für die Stadt und ihre Bürger zu prüfen. Bei Bedarf sollen hierzu die Dienste eines Fachanwalts in Anspruch genommen werden.
- b) In die Prüfung entsprechend dem ursprünglichen Antrag soll auch der Bereich Tourismus miteinbezogen werden.

In der anschließenden Diskussion wird die Entstehung des Antrags erörtert. RM Eggers weist darauf hin, dass bereits 1998 dieses Thema war. Außerdem habe seine Fraktion für bestimmte Betriebe vor einem Jahr die Prüfung der Einrichtung von Eigenbetrieben angeregt.

RM Freygang erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion erheblich weiter geht. Außerdem haben sich die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse geändert. So ist z. B. heute die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts möglich. Das ist 1998 noch nicht der Fall gewesen.

BM Böhling betont, dass jeder Vorschlag, der für die Stadt Schortens Möglichkeiten zu kostengünstigem und wirtschaftlichem Handeln bietet, begrüßt wird. Die vorgeschlagene Prüfung würde in Abstimmung mit der kommunalen Aufsichtsbehörde und unter Hinzuziehung eines Fachanwaltes sowie eines Steuerberaters durchgeführt werden. Die bei dem Rechtsstreit mit der EWE eingesparten Kosten durch die Beteiligung anderer Gemeinden würde zur teilweisen Finanzierung der Kosten für die Prüfung verwendet werden. Um eine sorgfältige Prüfung zu ermöglichen, ist ein Zeitraum von ca. 3 Monaten erforderlich.

RM Haltern fragt nach der Einbeziehung des Themas interkommunale Zusammenarbeit in die Prüfung. RM Freygang verweist auf den bereits praktizierten gemeinsamen Einkauf von Energie durch Kommunen.

Allgemein wird der Antrag von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

Zum Ende der Diskussion wird der Ausschussvorsitz wieder an RM Freygang zurückgegeben.

Im Anschluss ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Baubetriebshof, das Bürgerhaus mit Bücherei und das Freizeitbad Aqua-Toll mit Freibad und Zeltplatz (nicht Campingplatz) ausgliedert werden können.

Es sollen verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt und die Vor- und Nachteile dargestellt werden. Ferner sind die jeweiligen Auswirkungen auf die Verwaltung, den Haushalt und die Beschäftigten aufzulisten.

In die Prüfung entsprechend dem ursprünglichen Antrag soll auch der Bereich Tourismus miteinbezogen werden.

Die Verwaltung wird zusätzlich beauftragt, die Möglichkeiten der Gründung eigener Stadtwerke zum Zweck der Bereitstellung einer kostengünstigen Energieversorgung zu prüfen. Bei Bedarf sollen hierzu die Dienste eines Fachanwalts in Anspruch genommen werden.

Die Ergebnisse sind dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss innerhalb von 3 Monaten zur Beratung vorzulegen.

7. Anfragen und Anregungen:

7.1. Vertragssituation evangelische Kindergärten / Stadt

GM Just erläutert seine am 17.07.2006 eingereichte Anfrage.

Im Einzelnen wird von BM Böhling darauf hingewiesen, dass der Bericht über die Verträge mit der evangelischen Kirche über die Trägerschaft von Kindergärten grundsätzlich im Rahmen des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses gegeben wird. Über die jeweilige Entwicklung wurde entsprechend aktuell im Fachausschuss/VA berichtet. Die Kirche hat mitgeteilt, dass der bestehende Vertrag fristgemäß seitens der Kirche gekündigt wird zum 31.07.2007. Daran anschließend erfolgt ein Kostenvergleich.

Der Zuschuss zu den Fachpersonalkosten durch die Kirche wird von 20 % auf 10 % reduziert. Die daraus resultierenden tatsächlichen Mehrkosten für die Stadt können erst nach Vorliegen der entsprechenden Zahlen benannt werden, da auch andere Vertragspunkte zu verhandeln sind. Dieses Thema ist dann in den entsprechenden Ausschüssen zu erörtern.

Der Vergleich der Situationen in der Gemeinde Wangerland und der Stadt Schortens ist nicht aussagekräftig, da in Schortens im Gegensatz zum Wangerland sich die betroffenen Gebäude im Eigentum der Kirche und nicht im Eigentum der Stadt befinden.

7.2. Vergnügungssteuer für die Diskothek "Nachtschicht"

Da die Anfrage an den BM persönlich gerichtet ist, erfolgt nachfolgend dessen persönliche Antwort:

Frage 1:

Welche sachlichen Gründe gibt es, die einzige Diskothek am Ort mit einer Steuer zu belegen und so zu behindern?

Antwort:

Sachlicher Grund für die Erhebung ist die gültige Vergnügungssteuersatzung.

Frage 2:

Sollte man nicht froh sein, eine Diskothek für die jungen Leute zu haben und diese eher fördern?

Antwort: Ja.

Frage 3:

Wäre es nicht auch, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden - die Gemeinde Sande erhebt meines Wissens keine Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen -, angebracht, die Disko-Steuer in Schortens in die Mottenkiste zu packen?

Antwort: Ja.